



6 | 2024

BiB.AKTUELL

Erwerbstätigkeit Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland

Bestehende Hürden und weitere Potenziale für den Arbeitsmarkt

- Die Erwerbstätigenquote Schutzsuchender aus der Ukraine ist seit 2022 kontinuierlich angestiegen und liegt bei mittlerweile 30 Prozent.
- Hürden für eine noch bessere Teilhabe am deutschen Arbeitsmarkt: unzureichende Kinderbetreuungsinfrastruktur, geringere Arbeitsmarktchancen älterer Schutzsuchender sowie langwierige Verfahren der Berufsankennung.



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell leben in Deutschland 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die Schutz vor dem russischen Angriffskrieg auf ihre Heimat suchen. Angesichts der fortdauernden Kämpfe steigt der Anteil derjenigen, die länger in Deutschland bleiben wollen. Entsprechend kommt der Teilhabe dieser Menschen an der deutschen Gesellschaft und dem deutschen Arbeitsmarkt eine hohe gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bedeutung zu.

In dieser Ausgabe stellen wir Ihnen erstmalig die Ergebnisse unserer neuen Befragungswelle der BiB/FReDA-Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland“ vor. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Teilhabe von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt. Dabei gehen wir insbesondere der Frage nach, was der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entgegensteht und wie bestehende Potenziale noch besser gefördert werden können. Denn eine höhere Erwerbstätigenquote unter den Schutzsuchenden ist nicht nur für die Lebensperspektive dieser Menschen wichtig, sondern hat angesichts des fortschreitenden Fachkräftemangels auch für die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande eine große Bedeutung.

Katharina Spieß

Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Direktorin des Bundesinstituts für
Bevölkerungsforschung (BiB)

 www.bib.bund.de/newsletter

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden
Direktorin: Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Telefon: 0611/75-2235
E-Mail: post@bib.bund.de

Erschienen

Oktober 2024

Redaktionsleitung

Esther Dopheide

Wissenschaftliche Betreuung

Andreas Backhaus, Samira Beringer, Stephan Bischof, Mathias Huebener, Leonie Kleinschrot, Elisabeth Kraus, Andreas Mergenthaler, Kerstin Ruckdeschel

Redaktion

Bernhard Gückel

Lektorat

Britta Müller

Gestaltung

familie redlich AG, Berlin

Druck

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Bildnachweise

Titel: BillionPhotos.com/adobe.stock
S. 2, 15 und 18: Peter-Paul Weiler für BiB

ISSN (Online): 2944-2478

ISSN (Print): 2944-246X

URN: [nbn:de:biB-ba0620247](https://nbn-resolving.org/nbn:de:biB-ba0620247)

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB).

Erwerbstätigkeit Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland

Bestehende Hürden und weitere Potenziale für den Arbeitsmarkt

Andreas Ette; Lisa Kriechel; C. Katharina Spieß; Martin Bujard; Jean P. Décieux; Ludovica Gambaro et al.

Forschungsfrage

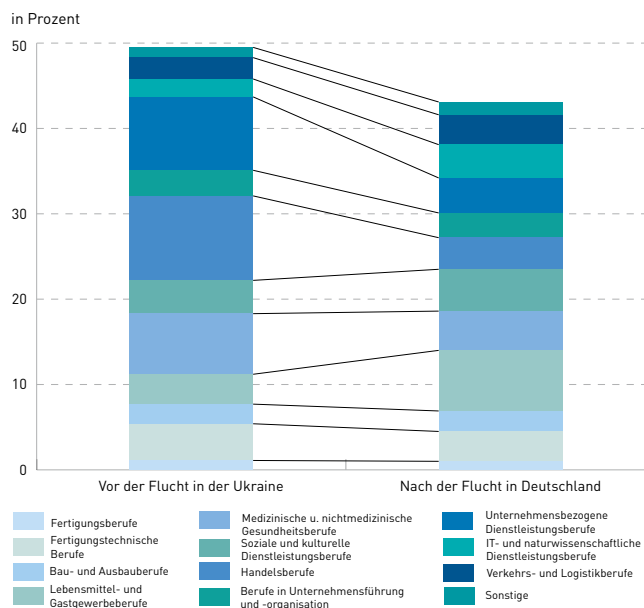
- Wie hat sich die Erwerbstätigkeit der Schutzsuchenden aus der Ukraine in Deutschland entwickelt? Welche Hemmnisse und Potenziale bestehen für eine noch bessere Teilhabe am Arbeitsmarkt, insbesondere in sogenannten Engpassberufen?

Ergebnisse

- Die Erwerbstätigenquote Schutzsuchender aus der Ukraine ist seit 2022 kontinuierlich angestiegen und liegt bei mittlerweile 30 Prozent.
- Hürden für eine noch bessere Teilhabe am deutschen Arbeitsmarkt: unzureichende Kinderbetreuungsinfrastruktur, geringere Arbeitsmarktchancen älterer Schutzsuchender sowie langwierige Verfahren der Berufsankennung.

Abgebildet

Ukrainische Schutzsuchende in Engpassberufen vor der Flucht in der Ukraine und danach in Deutschland, nach Berufssegmenten



Im Wortlaut

„Schutzsuchende aus der Ukraine, die derzeit nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle suchen, nennen als wichtigste Gründe die noch nicht ausreichenden Deutschkenntnisse oder den Besuch von Sprachkursen. Das zeigt den großen Weiterbildungsbedarf, um eine noch stärkere Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erreichen.“

PROF. DR. C. KATHARINA SPIESS (BiB)

„Etwa 50 Prozent der ukrainischen Schutzsuchenden verfügen über Erfahrungen in Berufen, die in Deutschland durch einen Mangel an Fachkräften gekennzeichnet sind. Diese Potenziale werden auf Grund hoher Sprachanforderungen oder komplizierter Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse noch nicht ausreichend genutzt.“

DR. ANDREAS ETTE (BiB)

Anmerkung: Die Angaben zur beruflichen Tätigkeit in Deutschland basieren auf der aktuellsten Information jeder befragten Person.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung (Wellen 1 und 2), BiB/FReDA-Befragung (Wellen 3 und 4); gewichtet.

Erwerbstätigkeit Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland

Bestehende Hürden und weitere Potenziale für den Arbeitsmarkt

Andreas Ette; Lisa Kriechel; C. Katharina Spieß; Martin Bujard; Jean P. Décieux; Ludovica Gambaro; Lidia Gutu;

Nadja Milewski; Karelis Olivo Rumpf; Lenore Sauer (alle BiB)

In Deutschland leben heute 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die Schutz vor dem russischen Angriffskrieg gegen ihr Heimatland suchen. Zum Zeitpunkt der vierten Befragung der BiB/FReDA-Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland“ im Frühjahr 2024 ist der Anteil der Erwerbstätigen unter den 18- bis 65-jährigen ukrainischen Schutzsuchenden auf 30 Prozent gestiegen, gleichzeitig suchen viele gegenwärtig aktiv nach Arbeit. Insbesondere der weiterhin bestehende Qualifizierungsbedarf sowie Betreuungsaufgaben halten 29 Prozent der Schutzsuchenden derzeit noch davon ab, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Vor dem Hintergrund bestehender Personalengpässe in vielen Berufen untersucht der Beitrag die Hemmnisse für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und zeigt weitere Potenziale der Ukrainerinnen und Ukrainer für den Arbeitsmarkt in Deutschland.

Alleine zwischen Februar und Juni 2022 wurden nach Angaben des Ausländerzentralregisters 825.000 ukrainische Geflüchtete registriert, welche in Deutschland Schutz suchen. Während von diesen zwischenzeitlich fast 20 Prozent wieder aus Deutschland ausgereist sind, steigt der Anteil der Schutzsuchenden mit längerfristigen Bleibeabsichten kontinuierlich an. Die Ergebnisse der vierten Befragung der BiB/FReDA-Studie zeigen, dass der Anteil der Ukrainerinnen und Ukrainer, welche die Absicht äußern, für längere Zeit in Deutschland zu bleiben, von 37 Prozent im Spätsommer 2022 auf 58 Prozent im Frühjahr 2024 gestiegen ist. Vor diesem Hintergrund eines sich verstetigenden Aufenthalts gewinnt die Teilhabe der Schutzsuchenden am deutschen Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung.

Trotz der zwischenzeitlich angespannteren Wirtschaftslage und des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in Deutschland ist die Gesamtzahl der Beschäftigten auch in den vergangenen Jahren weiter gewachsen und Teile des Arbeitsmarktes sind mit einem Mangel an Fachkräften konfrontiert. Die bestehenden Personalengpässe auf dem Arbeits-

markt resultieren aus dem steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, der sich durch den demografischen Wandel und dem damit verbundenen Übergang der Babyboomer-Generation in den Ruhestand auch in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Schon in den letzten Jahren ist die Zahl der Berufe angestiegen, die durch Personalengpässe gekennzeichnet sind. Dabei sind die Pflegeberufe und medizinischen Gesundheitsberufe, Handwerksberufe sowie Bauberufe heute stärker betroffen als andere Segmente des Arbeitsmarktes.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde – der steigenden Zahl von Schutzsuchenden aus der Ukraine mit längerfristigen Bleibeabsichten sowie der gleichzeitigen Zunahme von Arbeitsmarktsegmenten mit Personalengpässen – untersucht dieser Beitrag die Potenziale der Schutzsuchenden aus der Ukraine für den Arbeitsmarkt in Deutschland: Wie hat sich die Erwerbstätigenquote der Schutzsuchenden seit Februar 2022 entwickelt? Welche Hemmnisse bestehen, um die Teilhabe einer größeren Zahl von Ukrainerinnen und Ukrainern auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen? Gelingt die Vermittlung von

Schutzsuchenden aus der Ukraine in die Segmente des Arbeitsmarktes, die bereits heute durch Personalengpässe gekennzeichnet sind?

Neueste Befragungsergebnisse auf breiter Datenbasis

Die Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)“ ist als gemeinsames Projekt des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zur Untersuchung der Lebenssituation der Schutzsuchenden in Deutschland gestartet. Seit August 2022 wurden Ukrainerinnen und Ukrainer, die zwischen dem 24. Februar und Anfang Juni 2022 nach Deutschland einreisten und von den Einwohnermeldeämtern registriert wurden, regelmäßig befragt. An der ersten Erhebung im Spätsommer 2022 nahmen insgesamt 10.395 wiederbefragungsbereite Geflüchtete im Alter von 18 bis 70 Jahren teil (Brücker et al. 2023). Seit der dritten Befragung im Frühsommer 2023 wird die Hälfte der Teilnehmenden als „BiB/FReDA-Befragung: Geflüchtete aus der Ukraine“ in einem halbjährigen Rhythmus weiterbefragt.

Die mittlerweile vierte Befragung von 2.926 Personen erfolgte zwischen Mitte März und Mitte Juni 2024. Zu diesem Zeitpunkt lebten die Befragten seit durchschnittlich zwei Jahren (Durchschnitt: 733 Tage) in Deutschland. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Arbeitsmarktintegration der in Deutschland lebenden ukrainischen Schutzsuchenden, weshalb sich alle folgenden Analysen immer auf die Befragten im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65 Jahre) beziehen, die zum Zeitpunkt des Zuzugs im Jahr 2022 insgesamt 55 Prozent aller ukrainischen Schutzsuchenden in Deutschland darstellten.

Kontinuierlicher Anstieg der Arbeitsmarkt-beteiligung

Schutzsuchende unterliegen meist restriktiveren rechtlichen Vorgaben als andere Migrantinnen und Migranten und weisen insbesondere in den ers-

ten Jahren nach ihrer Flucht eine geringe und nur langsam steigende Erwerbstätigenquote auf (Kosyakova/Kogan 2022). Für ukrainische Geflüchtete wurden hingegen aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, welche bereits in den ersten beiden Jahren nach Ankunft einen kontinuierlichen Anstieg der Arbeitsmarkt-beteiligung ermöglicht haben: Auf Grundlage der Richtlinie der Europäischen Union zum temporären Schutz wurden befristete Aufenthaltstitel – zwischenzeitlich bis März 2026 verlängert – ohne vorheriges Asylverfahren ausgestellt, welche die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses oder einer selbständigen Erwerbstätigkeit uneingeschränkt ermöglichen. Zudem wurden die ukrainischen Schutzsuchenden in das System des Sozialgesetzbuches II (Bürgergeld) und damit in die Strukturen der Jobcenter und ihrer Vermittlungs- und Förderangebote eingebunden. Vor dem Hintergrund dieser aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen ist die Erwerbstätigenquote der Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter von rund 16 Prozent zum Zeitpunkt der ersten Befragung zwischen August und Oktober 2022 auf 30 Prozent zum Zeitpunkt der vierten Befragung im Frühjahr 2024 angestiegen. Weitere 30 Prozent sind gegenwärtig aktiv arbeitssuchend, 7 Prozent befinden sich in Aus- und Weiterbildung sowie 4 Prozent in Elternzeit.

Im Zeitraum zwischen der dritten Befragung im Frühsommer 2023 und der vierten Befragung im Frühjahr 2024 ist die Erwerbstätigenquote um 7 Prozentpunkte gestiegen. Nach der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) vom September 2024 hat im gleichen Zeitraum die Anzahl der in Deutschland beschäftigten Ukrainerinnen und Ukrainer um 44.000 Personen auf insgesamt 236.000 zugenommen, was einer Erwerbstätigenquote von 27 Prozent entspricht. Der Unterschied von etwa 3 Prozentpunkten zwischen der Statistik der Bundesagentur und den Befragungsergebnissen erklärt sich einerseits dadurch, dass ein kleiner Teil der Schutzsuchenden bei einem in der Ukraine ansässigen Unternehmen tätig ist (5 Prozent aller erwerbstätigen ukrainischen Schutzsuchenden). Von größerer Bedeutung ist jedoch, dass sich die Statistik der Bundesagentur auf alle ukrainischen Staatsangehörigen bezieht

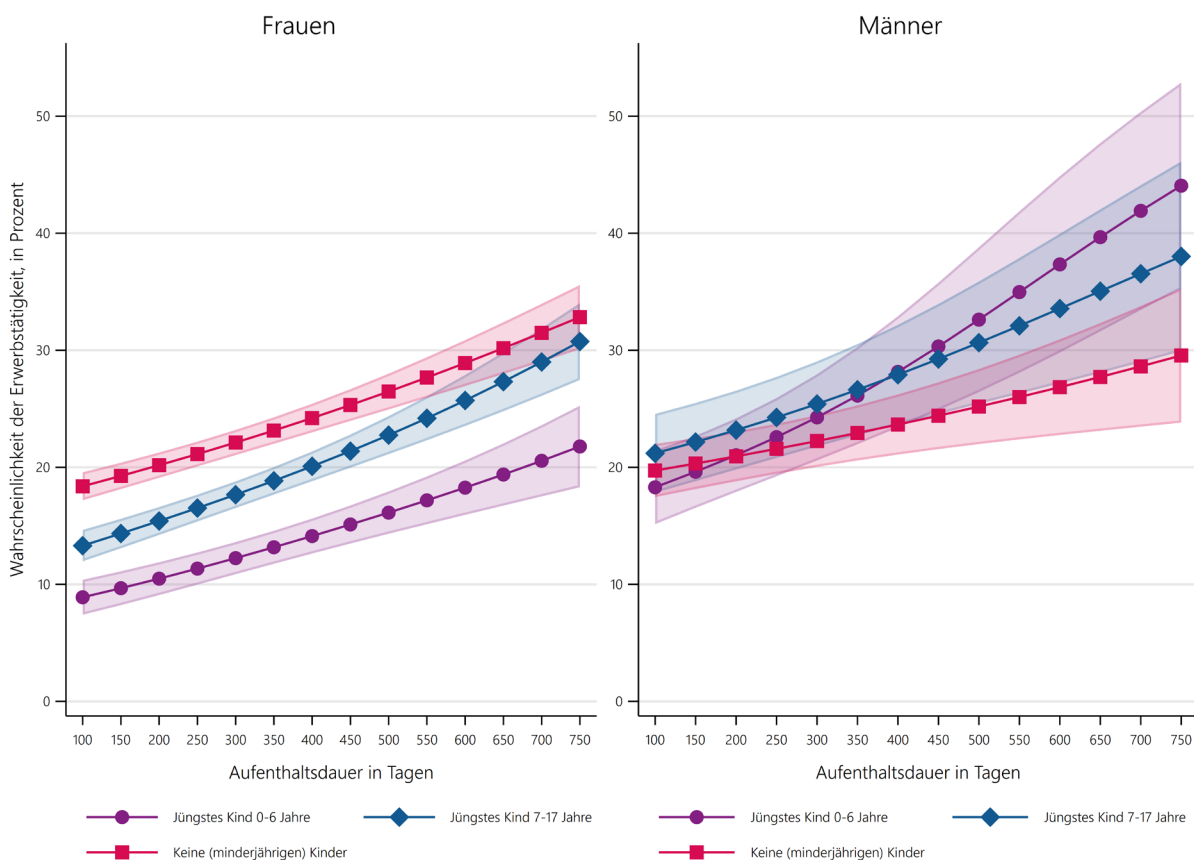
– unabhängig von deren Zuzugszeitpunkt nach Deutschland. Den zwischen Februar und Juni 2022 nach Deutschland geflohenen Ukrainerinnen und Ukrainern gelingt der Einstieg in den Arbeitsmarkt zunehmend besser. Hingegen liegen die Erwerbstätigenquoten der erst später nach Deutschland zugezogenen Ukrainerinnen und Ukrainer – die nicht Teil der BiB/FReDA-Studie sind – noch auf einem etwas niedrigeren Niveau.

Unzureichende Kinderbetreuungsangebote als Hürde

Von den im Frühjahr 2024 befragten ukrainischen Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter sind

84 Prozent Frauen. Von ihnen leben 20 Prozent mit ihrem Partner und minderjährigen Kindern und 28 Prozent als alleinerziehende Mütter in Deutschland. Aufgrund dieser spezifischen Familienkonstellationen stellen unzureichende Kinderbetreuungsangebote ein wesentliches Hemmnis für die Erwerbsbeteiligung schutzsuchender ukrainischer Mütter dar. Die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen lag während der ersten zwei Jahre in Deutschland kontinuierlich unter den Vergleichswerten der Männer und stieg von 15 Prozent im Spätsommer 2022 auf 29 Prozent im Frühjahr 2024. Für Männer verlief der Anstieg im gleichen Zeitraum von 22 Prozent auf mittlerweile 35 Prozent.

ABB. 1: Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ukrainischer Schutzsuchender nach Aufenthaltsdauer, Geschlecht und Alter des jüngsten Kindes im Haushalt



Anmerkungen: Ergebnisse logistischer Regressionen, ohne Kontrolle weiterer Merkmale der Schutzsuchenden, nur Personen im erwerbsfähigen Alter (18-65 Jahre), N = 18.045, 95 %-Konfidenzintervalle.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung (Wellen 1 und 2), BiB/FReDA-Befragung (Wellen 3 und 4); gewichtet.

Diese Lücke in der Arbeitsmarkt-beteiligung resultiert insbesondere aus den Betreuungsaufgaben von Müttern mit Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind (Gambaro et al. 2024). Deren Erwerbstätigenquote stieg von 10 Prozent auf 22 Prozent, während sie bei Frauen mit Kindern im Schulalter von 15 auf 32 Prozent und bei Frauen ohne (minderjährige) Kinder von 18 auf 33 Prozent angestiegen ist (siehe Abbildung 1). Für Männer zeigen sich hingegen keine signifikanten Zusammenhänge mit ihrer familiären Situation: Die Erwerbstätigenquote der Männer, deren jüngstes Kind noch nicht schulpflichtig ist, liegt zum Zeitpunkt der vierten Befragung bei 46 Prozent und bei Männern mit Kindern im schulpflichtigen Alter bei mittlerweile 37 Prozent.

Höhere Erwerbsbeteiligung mit akademischem Abschluss und Deutschkenntnissen

Die Schutzsuchenden aus der Ukraine haben einen durchschnittlich hohen Bildungs- und Ausbildungsabschluss und haben sehr schnell nach ihrer Flucht deutsche Sprachkenntnisse erworben. Bereits mehrere Studien haben den positiven Zusammenhang zwischen akademischen Ausbildungsabschlüssen sowie Deutschkenntnissen und der Erwerbsbeteiligung belegt (Brücker et al. 2023; Ette et al. 2023). Dieser Zusammenhang besteht trotz der in der Ukraine – im Vergleich zu Deutschland – weitaus (hoch-)schulischen geprägten Berufsausbildung, wonach sich formal hohe Abschlüsse der Schutzsuchenden oft nicht in den Tätigkeiten widerspiegeln, die sie in der Ukraine ausgeübt haben. Auch die Ergebnisse der vierten Befragung zeigen, dass Geflüchtete mit einem akademischen Abschluss eine 7 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit aufweisen als Ukrainerinnen und Ukrainer mit niedrigeren Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen (siehe Abbildung 2).

Auch bessere Deutschkenntnisse der Schutzsuchenden stehen nach wie vor in einem positiven Zusammenhang mit ihrer Erwerbstätigkeit. Zum Zeitpunkt der vierten Befragung – durchschnittlich zwei Jahre nach Ankunft – geben 64 Prozent der Schutzsuchenden an, gute oder zumindest mäßige Deutschkenntnisse zu haben. Mittlerweile haben

69 Prozent einen Integrations- oder Sprachkurs besucht. 55 Prozent wurden mindestens B1 als erreichtes Sprachniveau bescheinigt.

Geringe Erwerbsbeteiligung älterer Schutzsuchender

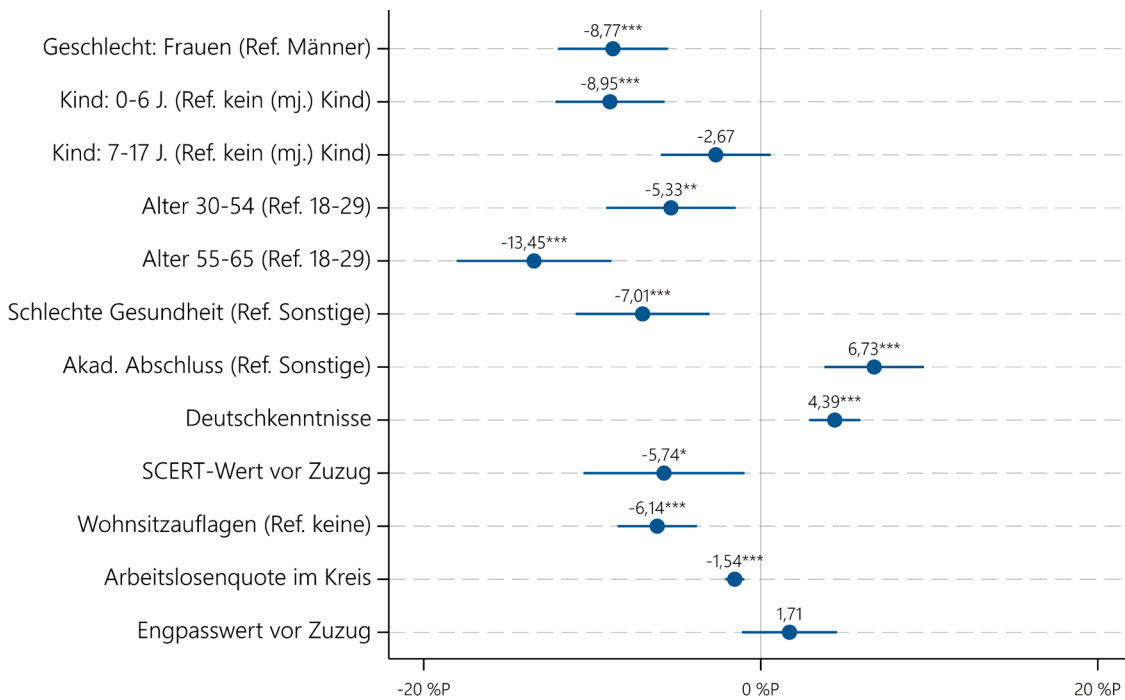
Neben dem Mangel an Kinderbetreuungsplätzen und den noch nicht ausreichenden Deutschkenntnissen gibt es für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer zahlreiche weitere Hürden, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt in Deutschland erschweren. Dazu gehört der mit etwa einem Siebtel hohe Anteil älterer Schutzsuchender (55–65 Jahre). Auch unter Berücksichtigung weiterer Zusammenhänge zwischen der Erwerbstätigkeit und individuellen Merkmalen, wie z. B. dem Bildungs- und Qualifikationsniveau der Schutzsuchenden, haben die 55-bis 65-Jährigen eine im Vergleich mit den Jüngeren 13 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit. Im Zeitverlauf der ersten zwei Jahre zeigt sich zudem, dass die Erwerbstätigenquote bei den jüngeren Schutzsuchenden deutlich stärker gestiegen ist als bei den älteren.

Auch aufgrund dieser Altersstruktur gibt es unter den ukrainischen Schutzsuchenden eine große Gruppe mit schlechterer Gesundheit. Auf die Frage nach ihrem allgemeinen Gesundheitszustand beschrieben 10 Prozent diesen als (sehr) schlecht – unter den 55-bis 65-Jährigen lag dieser Anteil bei 18 Prozent. Sorgen über noch im Herkunftsland lebende Familienmitglieder sowie Schwierigkeiten, sich in einem ihnen fremden Gesundheitssystem zurechtzufinden, verschärfen bestehende psychische und physische Einschränkungen. Ukrainische Schutzsuchende mit einem schlechten Gesundheitsstatus haben eine 7 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit gegenüber einem guten Gesundheitsstatus.

In reglementierten Berufe erschwerte Arbeitsaufnahme

Neben den individuellen Merkmalen der Schutzsuchenden beeinflussen die Bedingungen des Arbeitsmarktes die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung. Insbesondere in den sogenannten reglementierten

ABB. 2: Zusammenhänge zwischen Erwerbstätigkeit und ausgewählten Merkmalen ukrainischer Schutzsuchender



Anmerkungen: Durchschnittliche marginale Effekte (in Prozentpunkten) gepoolter logistischer Regressionen mit panelrobusten Standardfehlern, kontrolliert für Befragungszeitpunkt und Zuzugszeitpunkt seit Beginn des Krieges; nur Personen im erwerbsfähigen Alter (18-65 Jahre), die vor der Flucht in der Ukraine erwerbstätig waren, N = 11.990, 95 %-Konfidenzintervalle. Der SCERT-Wert misst den Grad der standardisierten Zertifizierung eines Berufs, dessen Berufsabschluss durch ein bundes- oder landesrechtlich einheitliches oder vergleichbares Ausbildungszertifikat geregelt ist (siehe hierzu: http://doku.iab.de/fdz/reporte/2014/MR_04-14.pdf). Die Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit bewertet alle Berufe mit höherem Anforderungsniveau hinsichtlich möglicher bestehender Fachkräftemängel entlang von insgesamt 14 Indikatoren. Der Engpasswert ist ein zusammenfassender Gesamtwert, der einen Überblick über Personalengpässe in einzelnen Berufen ermöglicht (siehe hierzu: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202312/arbeitsmarktberichte/-fachkraefte-engpassanalyse/fachkraefte-engpassanalyse-dl-0-202312-zip?__blob=-publicationFile&v=1). Ref. = Vergleichsgruppe, J. = Jahre (Alter des jüngsten Kindes), mj. Kind = minderjähriges Kind. Lesebeispiel: Frauen haben eine im Vergleich zu Männern und unter Berücksichtigung aller weiteren Merkmale im Modell rund 9 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit. Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung (Wellen 1 und 2), BiB/FReDA-Befragung (Wellen 3 und 4); gewichtet.

Berufen, z. B. in der Lehre, der Pflege und Medizin sowie in handwerklichen Berufen, ist die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Zeugnissen eine Voraussetzung, um eine qualifikationsadäquate Beschäftigung in Deutschland aufnehmen zu können. Der Grad der standardisierten Zertifizierung von Berufsgruppen (SCERT-Wert) lässt diesen Zusammenhang zwischen der nötigen Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation und der Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit der Schutzsuchenden untersuchen. Die Ergebnisse zeigen, dass ukrainische Schutzsuchende mit Berufserfahrungen aus der Ukraine in einem in Deutschland

eher reglementierten Beruf (höherer SCERT-Wert, z. B. Humanmedizin) eine 6 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit in Deutschland haben (im Vergleich zu einem eher nicht reglementierten Beruf mit einem niedrigeren SCERT-Wert, z. B. Veranstaltungsmanagement). Gleichzeitig haben bereits die Ergebnisse der ersten Befragung gezeigt, dass ukrainische Schutzsuchende mit Berufserfahrungen in einem eher reglementierten Beruf zu 35 Prozent Hilfe bei der Anerkennung ihrer Bildungs- und Berufsabschlüsse benötigen.

Angesichts der vorliegenden Statistiken zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen von Ukrainerinnen und Ukrainern in den letzten Jahren überraschen diese Befunde wenig: Während sich die Zahl von über 25.000 Anträgen auf Zeugnisanerkennung für nicht regulierte Berufe im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr mehr als versechsfacht hat, zeigen die Daten des Statistischen Bundesamtes, dass die Zahl von knapp 3.400 Neuanträgen auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in reglementierten Berufen nach Bundes- oder Landesrecht im Jahr 2023 gegenüber den durchschnittlich etwa 1.200 Anträgen der Jahre 2016-2022 noch immer gering ist.

Weitere Hürden: Höhere regionale Arbeitslosigkeit und Wohnsitzauflagen

Regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt stehen ebenfalls in einer direkten Beziehung mit der Erwerbstätigkeit der ukrainischen Schutzsuchenden. Eine höhere Arbeitslosenquote im regionalen Arbeitsmarkt – gemessen auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zum Befragungszeitpunkt – steht in einem negativen Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, dass ukrainische Schutzsuchende bereits eine Erwerbstätigkeit gefunden haben. Durchschnittlich führt der Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt zu einer zwei Prozentpunkte niedrigeren Erwerbstätigenquote der Ukrainerinnen und Ukrainer (Abbildung 2). Zu erwarten ist daher, dass sich die in den letzten Monaten verschlechternde Wirtschaftslage nachteilig auf die Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung der Schutzsuchenden auswirken wird.

Zu regional unterschiedlichen Entwicklungen der Erwerbsbeteiligung führen auch die bestehenden Wohnsitzauflagen für die ukrainischen Schutzsuchenden. Geflüchtete aus der Ukraine, die selbständig eine Unterkunft auf dem freien Wohnungsmarkt gefunden haben, wurden von den auch für andere Schutzsuchende geltenden Wohnsitzauflagen ausgenommen. Dennoch geben zum Zeitpunkt der vierten Befragung im Frühjahr 2024 68 Prozent an, dass sie aufgrund rechtlicher Vorschriften ihren Wohnort nicht frei wählen können. Die damit verbundene geringere Flexibilität bei der Aufnah-

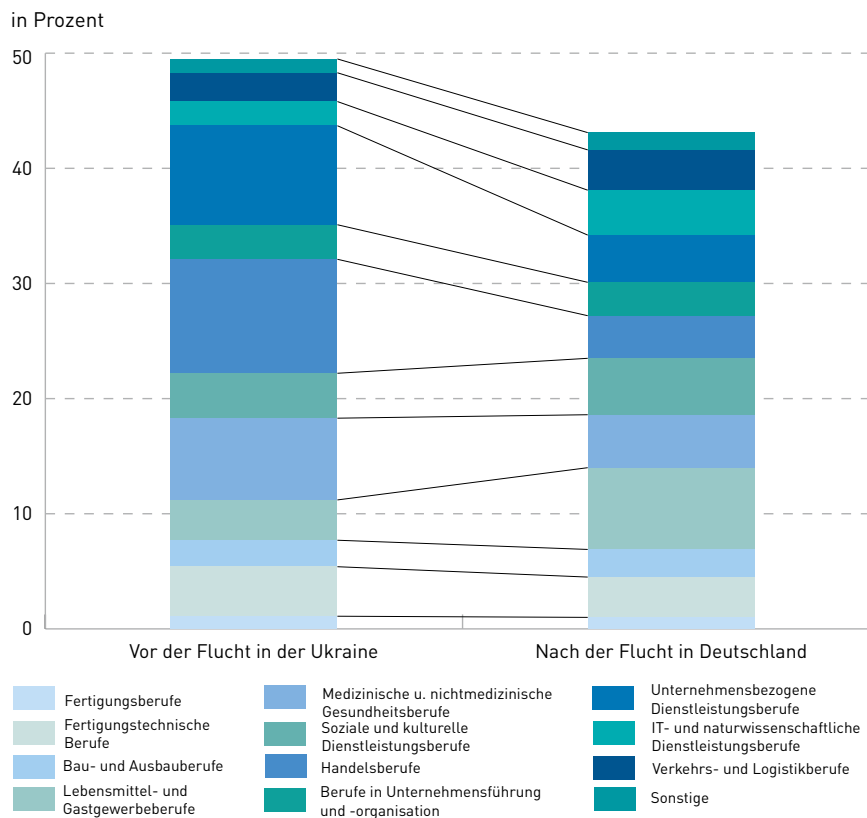
me einer Erwerbstätigkeit und die bestehenden regionalen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt können Gründe für die 6 Prozentpunkte niedrigere Erwerbstätigenquote der von Wohnsitzauflagen betroffenen Ukrainerinnen und Ukrainer gegenüber den Schutzsuchenden sein, die ihren Wohnort frei wählen können.

Schutzsuchende bringen Erfahrungen in Berufen mit Personalengpässen in Deutschland mit

Der demografische Wandel führt in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes zu einem Mangel an Fachkräften. Die Bundesagentur für Arbeit bewertet die Berufe mit höheren Anforderungsniveaus hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit an Fachkräften. Dieser Engpassindikator weist Werte zwischen 1,5 und 3,0 auf, wenn es sich um Berufe handelt, welche durch Personalengpässe gekennzeichnet sind oder zumindest einzelne Anzeichen für einen Mangel an Fachkräften vorweisen. Bei Berufen mit einer durchschnittlichen Punktezahl von unter 1,5 Punkten bestehen hingegen keine Anzeichen für Personalengpässe. Von den insgesamt 1.200 bewerteten Berufen wiesen im Jahr 2023 insgesamt 355 Berufe einen Engpass auf.

Die Befragung im Spätsommer 2022 hat gezeigt, dass die ukrainischen Schutzsuchenden vor ihrer Flucht oftmals in Berufen gearbeitet haben, die auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland durch Personalengpässe gekennzeichnet sind. Von allen befragten Ukrainerinnen und Ukrainern im erwerbsfähigen Alter waren fast 85 Prozent vor ihrer Flucht erwerbstätig. Von diesen arbeiteten 50 Prozent in einem Beruf, der in Deutschland einen Engpassindikator von 1,5 bis 3,0 aufweist. Berufserfahrungen in der Ukraine müssen nicht unmittelbar den auf dem deutschen Arbeitsmarkt benötigten Qualifikationen und Anforderungen entsprechen. Dennoch bringt die Hälfte aller Schutzsuchenden aus der Ukraine potenziell Berufserfahrungen mit, die zur Deckung bestehender Personalengpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt beitragen könnten (siehe Abbildung 3). Die Personen mit Erfahrungen in Engpassberufen verteilen sich allerdings nicht gleichmäßig über alle Segmente des Arbeitsmarktes: Der prozen-

ABB. 3: Anteil der ukrainischen Schutzsuchenden mit einer Erwerbstätigkeit in einem Engpassberuf zum Zeitpunkt vor der Flucht in der Ukraine und danach in Deutschland nach Berufssegmenten



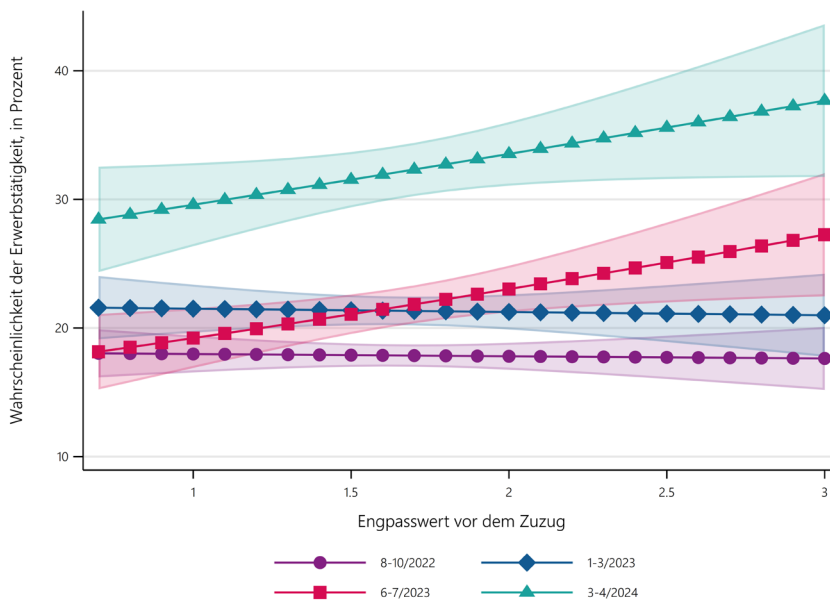
Anmerkung: Die Kodierung der Berufe folgt der Klassifikation der Berufe (KldB 2010) und nutzt den Engpassindikator der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2023 für den Arbeitsmarkt in Deutschland (siehe auch Anmerkung zu Abbildung 2). Für die berufliche Tätigkeit vor der Flucht wurden die retrospektiven Angaben zum ersten Befragungszeitpunkt genutzt, N = 8.688. Die Angaben zur beruflichen Tätigkeit in Deutschland basieren auf der aktuellsten Information jeder befragten Person während der vier Befragungszeitpunkte, N = 2.074. Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung (Wellen 1 und 2), BiB/FReDA-Befragung (Wellen 3 und 4); gewichtet.

tual größte Anteil war in der Ukraine im Bereich der Handelsberufe beschäftigt (20 Prozent) – wozu beispielsweise Filialleiterinnen und Filialleiter im Handel oder Lebensmittelhandwerk gehören – gefolgt von Berufen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (17 Prozent) und den medizinischen und nichtmedizinischen Gesundheitsberufen (14 Prozent).

Auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland sind ukrainische Schutzsuchende mit Erfahrungen in solchen Engpassberufen mit 43 Prozent, im Vergleich zu ihrer Beschäftigung vor der Flucht, noch unterproportional tätig. Obwohl bereits heute eine substantielle Zahl von Ukrainerinnen und Ukrainern in Deutschland in Berufen tätig sind, die durch

Personalengpässe gekennzeichnet sind, wird das bestehende Potenzial noch nicht ausgeschöpft. Dabei bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Berufssegmenten: 16 Prozent der in einem Engpassberuf in Deutschland tätigen Schutzsuchenden arbeiten in Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen und somit deutlich mehr als der Vergleichswert von 7 Prozent vor der Flucht in der Ukraine. Auch in den Bereichen der „sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufe“ sowie der „IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufe“ sind ukrainische Schutzsuchende überproportional beschäftigt. Das als „medizinische und nichtmedizinische Gesundheitsberufe“ zusammengefasste Berufssegment mit knapp 11 Prozent und die Handelsberufe mit 9 Prozent können bisher deutlich seltener von den

ABB. 4: Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit in Deutschland nach Engpasswert des Berufs, der vor der Flucht in der Ukraine ausgeübt wurde und Befragungszeitpunkt



Anmerkungen: Geschätzte Wahrscheinlichkeiten gepoolter logistischer Regressionen mit panelrobusten Standardfehlern. Weitere Informationen zum Modell siehe Anmerkungen zu Abbildung 2.
Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung (Wellen 1 und 2), BiB/FReDA-Befragung (Wellen 3 und 4); gewichtet.

Berufserfahrungen der Schutzsuchenden profitieren. Dies kann mit der geforderten Anerkennung von Berufsabschlüssen und Zeugnissen in diesen Berufen als auch mit spezifischen Sprachniveaus zusammenhängen, welche für die Ausübung dieser Berufe notwendig sind.

Keine erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit in Engpassberufen

Vor dem Hintergrund der bestehenden Personalengpässe in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes in Deutschland wäre eine schnelle Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der ukrainischen Schutzsuchenden gerade in diesen Berufen wünschenswert – allerdings bestehen gerade in Dienstleistungsberufen nach wie vor noch Sprachbarrieren. Während die Erwerbstätigenquote innerhalb der ersten zwei Jahre des Aufenthalts der Schutzsuchenden in Deutschland kontinuierlich gestiegen ist, stehen Berufserfahrungen in einem Beruf mit Personal-

engpässen in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit (siehe Abbildung 4).

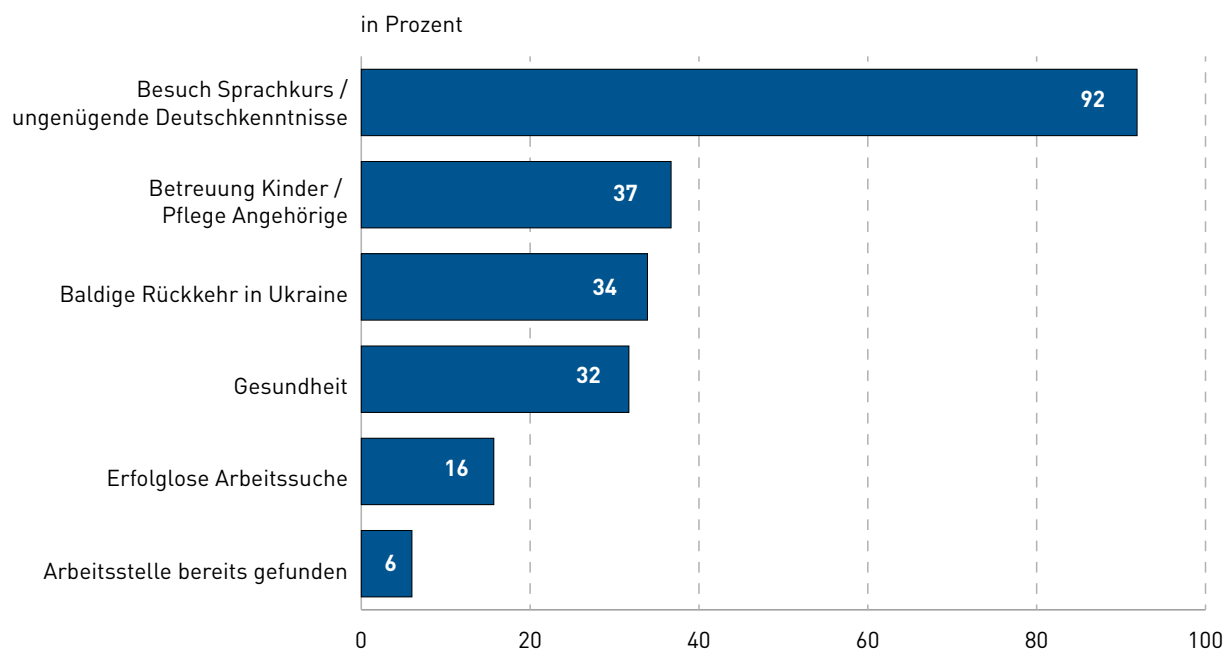
Vertiefende Analysen für alle Befragungszeitpunkte bestätigen diesen Befund: So nahm zum Zeitpunkt der ersten beiden Befragungen – im Spätsommer 2022 und Jahresbeginn 2023 – die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit mit steigendem Engpasswert sogar ab. Dies kann sich – wie zuvor bereits angedeutet – dadurch erklären, dass viele der Engpassberufe gleichzeitig reglementierte Berufe sind und Berufe in den Segmenten der sozialen Dienstleistungsberufe und Handel bessere Deutschkenntnisse voraussetzen als andere Berufssegmente. Seit dem dritten Befragungszeitpunkt besteht ein leicht po-

sitiver, wenn auch statistisch nicht signifikanter Zusammenhang zwischen Berufserfahrungen in einem Beruf mit Personalengpässen und einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit. Insgesamt sind demnach Befragte, die in der Ukraine in einem Beruf gearbeitet haben, der in Deutschland aktuell als Engpassberuf gilt, in Deutschland bisher nicht stärker in den Arbeitsmarkt integriert.

Weiterqualifizierungsbedarfe reduzieren Arbeitssuche und Erwerbstätigkeit

Die bisherigen Analysen zur Erwerbstätigkeit der Schutzsuchenden haben sich auf Zusammenhänge zwischen individuellen Merkmalen sowie den Bedingungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt mit der Erwerbstätigkeit konzentriert. Aus Sicht der Schutzsuchenden lassen sich die einer Erwerbstätigkeit entgegenstehenden Hemmnisse weiter differenzieren. Die 29 Prozent der ukrainischen Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter, welche

ABB. 5: Gründe, aktuell keine Erwerbstätigkeit zu suchen



Anmerkungen: Personen im erwerbsfähigen Alter (18-65 Jahre), die aktuell nicht erwerbstätig oder in Ausbildung sind, N = 725-728. Quelle: BiB/FReDA-Befragung (Welle 4); gewichtet.

noch keine Erwerbstätigkeit gefunden haben und nicht aktiv nach einer Stelle suchen, wurden nach Gründen gefragt, weshalb sie aktuell nicht erwerbstätig bzw. auf Arbeitssuche sind. Der überwiegende Teil der Befragten (92 Prozent) gab ein Bündel unterschiedlicher Motive an, weshalb diese zu sechs Gruppen zusammengefasst wurden (siehe Abbildung 5).

Die Mehrzahl der ukrainischen Schutzsuchenden, die zum vierten Befragungszeitpunkt nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle gesucht haben, gab als Grund dafür an, gegenwärtig einen Sprachkurs zu besuchen oder noch keine ausreichenden Deutschkenntnisse zu besitzen (92 Prozent). Auch die Aussage der Schutzsuchenden, dass sie nicht aktiv suchen, weil sie bereits erfolglos nach einer Arbeitsstelle gesucht haben oder es zu wenige Stellen gäbe (16 Prozent) und durch die bisherige Suche entmutigt sind, ist vermutlich auf sprachliche oder qualifikatorische Eintrittshürden im deutschen Arbeitsmarkt zurückzuführen. Diese Ergebnisse bestätigen den auch von Schutzsuchenden aus

anderen Herkunftsländern bekannten Befund des besonderen Weiterbildungsbedarfs dieser Gruppe für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration. Nach Abschluss der aktuell noch besuchten Sprachkurse und die dadurch verbesserten Deutschkenntnisse ist damit zu rechnen, dass dem Arbeitsmarkt perspektivisch weitere Personen zur Verfügung stehen.

Betreuungsverpflichtungen werden als zweithäufigster Grund genannt, die einer aktiven Stellensuche entgegenstehen. So berichten 37 Prozent der Befragten, dass sie aufgrund von zu betreuenden Kindern oder zu pflegenden Angehörigen nicht aktiv nach einer Stelle suchen können. Dabei handelt es sich insbesondere um Frauen mit Kindern im Kita- oder Grundschulalter. Der Bereitstellung von Kinderbetreuung kommt somit eine weiterhin zentrale Bedeutung zu, wenn die Erwerbstätigkeit insbesondere der ukrainischen Frauen gefördert werden soll (Gambaro et al. 2024). Darüber hinaus kann auch die Unterstützung bei Pflegeaufgaben weitere Arbeitsmarktpotenziale der Schutzsuchenden freisetzen.

Ein drittes Motivbündel umfasst etwa ein Drittel der aktuell nicht nach Arbeit suchenden Schutzsuchenden. Bei ihnen handelt es sich oftmals um Personen, die eine baldige Rückkehr in die Ukraine planen. Dadurch besteht für diese Gruppe eine geringe Motivation für eine Arbeitsaufnahme. Weiterhin ist die Aufnahme einer Erwerbsarbeit häufig mit Verpflichtungen verbunden, die Personen mit einer geplanten Ausreise nicht eingehen können.

Die Gesundheit der Befragten bzw. ihr Alter werden von 32 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer als ein weiterer Grund genannt. Hierbei handelt es sich überproportional um Männer. Aufgrund des in der Ukraine, im Vergleich zu Deutschland, deutlich früheren Renteneintrittsalters umfasst dies auch oftmals Schutzsuchende, welche vor ihrer Flucht bereits im Ruhestand waren oder bei denen dieser unmittelbar bevorsteht.

Fazit: Potenziale weiterentwickeln

Die Erwerbstätigenquote Schutzsuchender aus der Ukraine ist in den ersten zwei Jahren nach Ankunft in Deutschland weitgehend kontinuierlich angestiegen und liegt bei mittlerweile 30 Prozent. Die Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Schutzsuchenden verläuft bisher schneller als für Geflüchtete aus anderen Herkunftsregionen und ihre erzielten Erwerbstätigenquoten liegen über den vorliegenden prognostizierten Szenarien (Kosyako-va/Brücker 2024).

Einen positiven Einfluss auf die bisherige Teilhabe am Arbeitsmarkt der Ukrainerinnen und Ukrainer haben im Vergleich zu anderen Gruppen von Geflüchteten das im Durchschnitt höhere Bildungs- und Qualifikationsniveau, die aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen, welche einen unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen, sowie der schnelle Erwerb von Deutschkenntnissen durch die Bereitstellung von Integrations- und Sprachkursen. Gleichzeitig bestehen jedoch weiterhin Hürden, die der Arbeitsaufnahme der Ukrainerinnen und Ukrainer bisher entgegenstanden und voraussichtlich auch die weitere Entwicklung der Arbeitsmarktintegration prägen werden: Neben den Betreuungsproblemen eines großen Anteils

von Müttern mit minderjährigen Kindern sind hier die geringeren Arbeitsmarktchancen der ebenfalls größeren Gruppe im höheren Alter sowie derjenigen mit schlechterem Gesundheitsstatus zu nennen. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen in Deutschland stehen die gegenwärtige Wirtschaftslage, die häufig komplexen und langwierigen Verfahren der Berufsanerkennung sowie bestehende Wohnsitzauflagen in einem negativen Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein.

Zentral ist der Befund, dass die Schutzsuchenden aus der Ukraine vielfach Qualifikationen und Erfahrungen aus Berufen mitbringen, welche in Deutschland durch Personalengpässe geprägt sind und in denen Arbeitgeber nicht alle offenen Stellen besetzen können, da das Arbeitskräfteangebot zu gering ist. Etwa 50 Prozent aller Ukrainerinnen und Ukrainer im erwerbsfähigen Alter, die vor ihrer Flucht nach Deutschland erwerbstätig waren, haben in der Ukraine in Berufen gearbeitet, die in Deutschland zu den Engpassberufen gehören. Die Schutzsuchenden bringen somit wichtige Potenziale für den deutschen Arbeitsmarkt mit, welche angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels dringend benötigt werden. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse, dass diese Potenziale noch unzureichend genutzt werden. Qualifikationen und Erfahrungen in Engpassberufen führen bisher nicht zu höheren Erwerbstätigenquoten – dies kann allerdings mit Erfordernissen der Anerkennung von Abschlüssen oder erforderlichen Sprachkenntnissen verbunden sein. Während einzelne Segmente des Arbeitsmarktes bereits stärker von den ukrainischen Schutzsuchenden profitieren (z. B. Lebensmittel und Gastronomie), werden die Potenziale in anderen Segmenten (z.B. medizinische und nichtmedizinische Gesundheitsberufe) noch nicht ausreichend genutzt. Allerdings kann vermutet werden, dass mit zunehmenden Deutschkenntnissen der Schutzsuchenden und einem besseren Zugang zu Kitas oder Unterstützungsangeboten bei Pflegeaufgaben diese Potenziale erschlossen werden können.

Die Jobcenter in Deutschland attestieren den ukrainischen Schutzsuchenden gute Erwerbsaussichten. Dennoch lehnen die Betriebe in Deutschland häufig

die Beschäftigung von Ukrainerinnen und Ukrainern auch für einfache Tätigkeiten ab, wenn nicht ausreichende Sprachkenntnisse vorhanden sind (Schreyer et al. 2024). Eine größere Flexibilität seitens der Arbeitgeber als auch verstärkte Anstrengungen bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen könnten helfen, die bestehenden Potenziale der Ukrainerinnen und Ukrainer für den deutschen Arbeitsmarkt besser zu nutzen. Insbesondere Personen mit höheren Berufsqualifikationen könnte man auch durch nachholende Anerkennungen der ausländischen Berufsabschlüsse den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt vereinfachen.

Trotz der sich verschlechternden Wirtschaftslage gilt es, auch in den kommenden Monaten die Arbeitsmarktbeteiligung der Schutzsuchenden aus der Ukraine weiter zu erhöhen. Die Arbeitsmarktintegration bietet nicht nur den betroffenen Menschen mehr Stabilität und Perspektive, sondern hilft auch, den Fachkräftemangel in verschiedenen Segmenten des Arbeitsmarktes zu mildern. Für die 29 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer im erwerbsfähigen Alter, welche aktuell noch keine Erwerbstätigkeit gefunden haben und die nicht aktiv nach einer Arbeit suchen, ist die (Weiter-)Qualifizierung und der Spracherwerb neben der Bereitstellung von Betreuungsinfrastrukturen noch immer der wichtigste Schlüssel. Nach Abschluss aktuell laufender Sprachkurse ist auch in dieser Gruppe mit einem perspektivisch weiteren Anstieg der Erwerbstätigenquoten zu rechnen.

Literatur

Brücker, Herbert et al. 2023: Ukrainian Refugees in Germany: Evidence From a Large Representative Survey. In: Comparative Population Studies 48. <https://doi.org/10.12765/CPoS-2023-16>

Ette, Andreas et al. 2023: Lebenssituation Ukrainischer Geflüchteter. Höhere Gesellschaftliche Teilhabe Nach Eineinhalb Jahren in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 2023,6: 3–16. <https://www.bib.bund.de>

Gambaro, Ludovica et al. 2024: Unlocking Potential: Childcare Services and Refugees' Integration, Employment and Well-Being. **BiB Working Paper 8/2024**

Kosyakova, Yuliya; Brücker, Herbert 2024: Zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine: Eine Simulationsstudie. In: IAB-Forschungsbericht. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://doi.org/10.48720/IAB.FB.2409>

Kosyakova, Yuliya; Kogan, Irena 2022: Labor Market Situation of Refugees in Europe: The Role of Individual and Contextual Factors. In: Frontiers in Political Science 4: 977764. <https://doi.org/10.3389/fpos.2022.977764>

Schreyer, Franziska et al. 2024: Geflüchtete aus der Ukraine: Jobcenter schreiben ihnen gute Arbeitsmarktchancen zu. In: IAB-Kurzbericht. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://doi.org/10.48720/IAB.KB.2412>

BiB.Wissenschaftler Andreas Ette



Meine allgemeinen Forschungsschwerpunkte sind:

Die Migrations- und Integrationsforschung stehen im Mittelpunkt meiner Arbeit. Ich untersuche die individuellen Konsequenzen, die sich durch die Migration in ein anderes Land für den eigenen Lebensverlauf ergeben. Mich interessiert, wie gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen die Teilhabemöglichkeiten von Neuzuwandernden und ihren Nachkommen beeinflussen.

An meiner Forschungsarbeit fasziniert mich besonders:

In der Bevölkerungswissenschaft ist die internationale Migration das vielleicht dynamischste und durch ständige Veränderungen gekennzeichnete Phänomen. Für mich besonders spannend ist es, die Ursachen und Konsequenzen von Migration aus interdisziplinären Perspektiven zu untersuchen.

Mein Forschungsgebiet ist gesellschaftlich relevant, weil ...

ohne Migration die Bevölkerung und insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen, die dem Arbeitsmarkt in Deutschland zur Verfügung stehen, schrumpfen. Die Gestaltung der Einwanderung ist eine zentrale Handlungsoption im Umgang mit dem demografischen Wandel. Gesellschaftliche Vielfalt verläuft aber nicht ohne Konflikte. Hier gilt es, in ganz verschiedenen Bereichen Teilhabemöglichkeiten zu schaffen.

Bei meinen bisherigen Forschungsbefunden hat mich besonders überrascht:

Am BiB habe ich in den vergangenen Jahren die Erfahrungen von Deutschen im Ausland untersucht. Während in der medialen Berichterstattung Migration meist mit dem „Fremden“ assoziiert wird, verhalten sich nach Deutschland einwandernde Menschen meist ganz ähnlich wie die im Ausland lebende deutsche Bevölkerung: Es sind meist junge, überdurchschnittlich qualifizierte Menschen, die oftmals nur für wenige Jahre und auf der Suche nach neuen Erfahrungen und zur Verbesserung ihrer Lebenschancen nach Deutschland kommen.

Am BiB zu forschen gefällt mir, weil ...

unsere Forschung dazu beiträgt, den statistischen „Blindflug“ in der Migrations- und Integrationspolitik zu reduzieren. Mit belastbaren Informationen können wir einen Beitrag zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Migration und Integration leisten.

Dr. Andreas Ette ist Leiter der Forschungsgruppe Internationale Migration am BiB. Neben seiner Promotion an der Universität Bielefeld war er für Forschungsaufenthalte am European University Institute in Florenz, Italien sowie am Institute for Social and Economic Research (ISER) der University of Essex in Großbritannien tätig. Am BiB ist er für verschiedene Befragungen von Migrantinnen und Migranten verantwortlich, u. a. der German Emigration and Remigration Panel Study (GERPS) sowie der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung zu Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland.

Berliner Demografiegespräch

Wie einsam sind die Menschen in Deutschland?

Die Coronapandemie hat das Thema Einsamkeit (wieder) in den Fokus gerückt. Welche Formen von Einsamkeit gibt es und wer ist betroffen? Damit befasste sich das Demografiegespräch am 9. Oktober 2024. Es diskutierten BiB-Wissenschaftlerin Dr. Sabine Diabaté und Kristina Kott, Leiterin des Referats „Freiwillige Haushaltserhebungen – Kommunikation mit Privathaushalten und Ergebnisverbreitung“ im Statistischen Bundesamt (Destatis).

Emotionale und soziale Einsamkeit

Grundsätzlich ist durch die Pandemie die generelle Einsamkeit in Deutschland unter den 18- bis 53-Jährigen signifikant stark auf 41 Prozent angestiegen, danach sogar auf 47 Prozent. Zwischen 2013 und 2017 waren noch 15 Prozent einsam. „Im postpandemischen Winter 2022/2023 fühlte sich jeder dritte mindestens teilweise und jeder sechste Befragte eher oder sogar sehr einsam“, sagte Dr. Diabaté. Dies belegt einen Trend zur Chronifizierung des Einsamkeitsgefühls. In ihrer Analyse unterschied sie zwischen emotionaler und sozialer Einsamkeit: Emotionale Einsamkeit bezieht sich auf die Beziehung zu nahestehenden Personen wie der Partnerin, dem Partner, der Familie und zu engsten Freundschaften. Soziale Einsamkeit bezieht sich auf das weitere soziale Umfeld, d. h. ob man genug vertraute Personen um sich hat.

Zunahme der Einsamkeit vor allem unter jungen Menschen

Beide Einsamkeitsformen haben ebenfalls stark zugenommen: Während 2005 die emotionale Einsamkeit noch bei 6 Prozent lag, ist sie im Jahr 2021 auf 29 Prozent gestiegen. Auch die soziale Einsamkeit hat stark zugenommen, von 17 auf 39 Prozent. Besonders betroffen von Einsamkeit sind vor allem die jüngeren Leute: „18- bis 29-Jährige sind signifikant häufiger einsam als mittelalte Erwachsene“, so die

Wissenschaftlerin. Analysen aus dem BiB-Survey „FRoDA – das familiendemografische Panel“ zeigen zudem, dass Alleinlebende (sowohl Singles als auch Alleinerziehende) häufiger einsam sind als Personen in Paarhaushalten. Besonders ungünstig ist ein länger andauernder schlechter Gesundheitszustand. Und auch eine formal niedrige Bildung ist ein Risikofaktor. Besondere Beachtung verdient eine weitere Risikogruppe, die der Zugewanderten: „Hier liegen die höchsten Anteile von Einsamkeit bei Personen vor, die aus afrikanischen Ländern eingewandert sind. Personen aus anderen Ländern kommen danach und in Deutschland Geborene haben das niedrigste Einsamkeitsrisiko“, betonte Dr. Diabaté.

Alleinerziehende am stärksten einsam

Aus Sicht der amtlichen Statistik waren ebenfalls die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren stark von Einsamkeit betroffen, wie Kristina Kott anhand der Zeitverwendungsstudie 2022 des Statistischen Bundesamts verdeutlichte. Danach sind in erster Linie die Frauen in dieser Altersgruppe tendenziell einsamer als Männer. Am stärksten betroffen von Einsamkeit sind allerdings Alleinerziehende, am wenigsten Personen über 65 Jahre. „Das Gefühl der Einsamkeit hängt damit sehr stark vom Haushaltskontext ab, in dem gelebt wird“, sagte Kott. So wünscht sich jede zweite Alleinerziehende mehr Zeit von Freunden bzw. Bekannten. Darüber hinaus wirkt sich auch die Dauer der täglichen Internetnutzung negativ auf das Einsamkeitsgefühl aus. „Je größer der Anteil der täglichen Internetnutzung, desto höher der Anteil derjenigen, die Leute vermissen, bei denen sie sich wohlfühlen“, so die Statistikerin. Die vorgestellten Befunde beider Expertinnen machen deutlich, dass Einsamkeit dem Wohlbefinden und der Gesundheit schaden kann, deshalb sollte gezielt Prävention betrieben werden.

Bernhard Gückel

Fachkräftemangel in der Bildung: Was tun?

Im gesamten Bildungssystem zeigt sich bereits heute ein gravierender Fachkräftemangel. Dieser beginnt bereits bei der frühen Bildung und setzt sich über die schulische Bildung bis hin zur Erwachsenen- und Weiterbildung fort. Beim Bildungspolitischen Forum des Leibniz-Forschungsnetzwerkes Bildungspotenziale (LERN), dem auch das BiB angehört, diskutierten am 11. Oktober 2024 in Berlin Forschung, Politik und Verwaltung über die Herausforderungen und Lösungsansätze. Mit dabei war auch BiB-Direktorin Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß.

Folgen des Fachkräftemangels

Spieß wies darauf hin, dass Lernende und Lehrende den Mangel bereits jetzt deutlich im Alltag spüren. Es ist absehbar, dass sich die Lage in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird, sagte Prof. Spieß, wenn wir nicht aktiv dagegen wirken. Hinzu kommt, dass der Druck auf die verbleibenden Fachkräfte im Bildungssystem weiter steigen wird, wenn offene Stellen nicht angemessen besetzt werden. Damit leidet die Qualität der Bildungsangebote. Mit Blick auf den Fachkräftemangel in Kitas betonte sie, dass dadurch der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung und deren Qualität nicht in dem notwendigen Ausmaß vorangetrieben werden kann. In manchen Regionen können wegen fehlender Fachkräfte Kitaplätze nicht ausgebaut werden, in anderen Regionen wieder gibt es zu wenig Kinder für die Plätze. Der fehlende Fachkräftemangel in vielen Regionen ist mit kürzeren Öffnungszeiten oder eingeschränkten Ferienangeboten verbunden und es wird letztlich schwieriger, pädagogische Standards aufrechtzuerhalten. Dies hat Folgen für die Entwicklung der Kinder und die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit bei den Eltern. Meist reduzieren dann vor allen die Mütter ihre Arbeitszeit. Werden die Bildungspotenziale von

Kindern und die beruflichen Potenziale der Eltern nicht ausgeschöpft, entstehen erhebliche Folgekosten, die in einer alternden Gesellschaft mit einem weiteren Fachkräfterrückgang große wirtschaftliche Auswirkungen haben werden, so Prof. Spieß.

Ziel: Viele Ansatzpunkte gegen den Fachkräftemangel angehen

Was lässt sich vor diesem Hintergrund gegen den Fachkräftemangel im Bildungsbereich unternehmen? Aus der Sicht des Forschungsnetzwerkes werden innovative Konzepte benötigt, um vorhandene Potenziale zu nutzen. Dazu zählen nach dem Positionspapier des Netzwerks zum Beispiel eine multiprofessionelle Ausrichtung der Kita- und Schulteams, das Erschließen von Beschäftigungsreserven wie etwa Fachkräfte im Ruhestand. Die pädagogischen Fachkräfte in Kitas und Lehrkräfte müssen von Organisations- und Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Der Unterricht sollte digital ganzheitlich weiterentwickelt werden. Darüber hinaus sollten im Weiterbildungsbereich die Beschäftigungsbedingungen im Hinblick auf Bezahlung und Sicherheit verbessert werden, vor allem bei Bildungsbereichen von besonderem öffentlichem Interesse wie der sprachlichen Grundbildung von Zugewanderten. Diese Gruppen sollten zudem verstärkt gewonnen werden und in der Berufsausübung mithilfe gezielter Maßnahmen deutlich unterstützt werden. „Insgesamt sind die Herausforderungen im und für den Bildungsbereich sehr ähnlich zu vielen anderen Bereichen, aber doch wiederum spezifisch. Wir haben eine doppelte Verantwortung in Politik und Wissenschaft, mit Vorschlägen dem Fachkräftemangel zu begegnen, um Bildungspotenziale von heute und Fachkräfte von morgen zu fördern“, machte Prof. Spieß beim Forum deutlich.

Bernhard Gückel

Dr. Nico Stawarz im Interview mit BiB.Aktuell

Männerüberschuss in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands



Der seit 1991 beobachtbare Wanderungsverlust von Ost- nach Westdeutschland in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen hat sich auch 2023 fortgesetzt. Dies hat Folgen für die Geschlechterproportionen in Ostdeutschland. So gibt es besonders in peripheren und strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands seit geraumer Zeit gerade in den jüngeren Altersgruppen einen Überschuss an jungen Männern. Zu den Ursachen dieser Entwicklung äußert sich der Mitautor einer aktuellen Studie zum Thema, BiB-Wissenschaftler Dr. Nico Stawarz, im Interview.

Herr Dr. Stawarz, wie haben sich die altersspezifischen Geschlechterproportionen seit der Wiedervereinigung im ländlichen Ostdeutschland verändert?

Das ländliche Ostdeutschland gehört zu den Regionen in Europa mit dem niedrigsten Anteil von Frauen in Relation zu Männern. In einigen Gebieten kommen bei den 18- bis 30-Jährigen weniger als 70 Frauen auf 100 Männer. Diese Ungleichheiten sind das Resultat von Wanderungsbewegungen vor allem der jungen Frauen von Ost- nach Westdeutschland. In den letzten Jahren hat die generelle Abwanderung aus Ostdeutschland allerdings an Dynamik verloren. Zudem zeigen unsere Auswertungen, dass sich die Wanderungsbewegungen aus den ländlichen ostdeutschen Regionen seit den 2000er Jahren verändert haben.

Was hat sich genau verändert?

Die selektiven Wanderungsbewegungen der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18- und 29 Jahren haben in den 2000er Jahren zu einer Vergrößerung des Ungleichgewichts in den Geschlechterproportionen, also zu einem höheren Männeranteil im ländlichen Osten geführt. In den 2010er Jahren tragen die Wanderungsbewegungen allerdings nicht mehr dazu bei, dass sich das Ungleichgewicht weiter verschärft. Das liegt u. a. an der Abnahme der Abwan-

derung nach Westdeutschland und dass diese weit weniger selektiv nach Geschlecht ausfällt. Ebenso haben sich die Hauptzielorte der Wanderung über die Jahre verändert: Galt in den frühen 2000er Jahren Westdeutschland als Hauptziel, so sind es seit den 2010er Jahren vermehrt die städtischen Regionen in Ostdeutschland.

Ist es absehbar, dass sich die Geschlechterproportionen irgendwann wieder angleichen werden?

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten und hängt etwa von der Dynamik des Binnenwanderungsgeschehens sowie von der internationalen Wanderung ab. Momentan sieht es aber nicht danach aus, dass sich die Geschlechterproportionen im ländlichen Osten schnell angleichen werden. Als durchaus positiv ist allerdings der Trend hin zur Wanderung in die ostdeutschen Städte zu bewerten. Von diesem könnten langfristig die Umlandgemeinden der Städte profitieren, wenn es gelingt, etwa Karriereperspektiven zu schaffen und Männer und Frauen in den Regionen zu halten.

Bernhard Gückel

Die Studie unter:

➔ www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00324728.2024.2382154



X @bib_bund
M @bib_bund
@wisskomm.social